



„Reichtum und Armut gehören nicht in einen geordneten Staat“¹

Die Verteilung des Einkommens wie auch des Vermögens ist ungerecht und stört national wie international den Frieden und eine gedeihliche Entwicklung der Gesellschaft(en). Wer das ändern will, muss bedenken:

a) Armut und Reichtum wirken entgegengesetzt! Nicht nur der, der vor dem leeren Kühlschrank steht und weiß, dass seine Geldbörse auch leer ist, weiß wie Armut schmeckt, sondern auch der, der sich mit einer regulären Arbeit über Wasser hält, aber merkt, dass andere mit gleicher oder gar weniger Anstrengung ein Mehrfaches des eigenen Einkommens beziehen. Ist die Differenz zwischen den niedrigen und hohen Einkommen, zwischen dem geringen Vermögen und dem großen Vermögen zu groß, entwickelt sich zu Recht das Gefühl der Ungerechtigkeit in der Gesellschaft, in der man lebt. Die Chancen der Teilhabe an der Kultur und Politik sind in diesem Zustand zu ungleich verteilt. Bei den Reichen ist in einem solchen gesellschaftlichen Zustand die wirtschaftliche und politische Gestaltungsmacht um ein Vielfaches höher als bei den Armen. Die Demokratie, der ja der Gedanke der Gleichheit, der etwa gleichen Einwirkungskraft zugrunde liegt - wird zur Illusion.

b) Die Krisen-Ursachen. *Die Marktwirtschaft ist ein ökonomisches Modell des dezentralen Leistungsaustausches* in der es eigentlich eine Einkommens- und Vermögensverteilung geben müsste, wie sie der Verteilung der Leistungsfähigkeit und -bereitschaft entspricht. Mit nichtbehobenen Systemfehlern und auch durch systemwidrige Eingriffe des Staates wird ein gerechter Leistungsaustausch ver- und behindert. Aus der Idee der Marktwirtschaft wurde die des Kapitalismus, in welchem dem Kapital zu Lasten der Arbeitseinkommen ein Anspruch auf eine „angemessene“ Rendite, ein *leistungsloses Einkommen*², eingeräumt wird. Wird dieser Anspruch nicht ausreichend bedient, „streikt“ das Kapital (nicht zu verwechseln mit dem Unternehmer). Die Folge ist die Arbeitslosigkeit und die Abhängigkeit der Arbeitslosen von Sozialleistungen.

c) Die Benennung der leistungsfremden Verteilungselemente: An erster Stelle ist das geltende Bodenrecht zu nennen. Der Boden (im weitesten Sinne die Erde mit ihren Bodenschätzen, ihren Meeren und ihrem Luftraum) ist eine unverzichtbare Existenzgrundlage des Menschen. Wenn es gerecht zugehen soll, muss die unvermeidbare Knappheitsrente (Bodenrente) abgeschöpft und pro Kopf zurück verteilt werden und darf nicht länger dem Eigentümer allein zufallen. Hier ist sträflich die Frage verdrängt worden, welche Güter überhaupt die Eigentumsfähigkeit haben. Nach alter christlicher Soziallehre und auch nach Proudhon kann nur das Eigentum sein, was der Mensch erarbeitet hat. (Eine Sozialbewegung, die nicht bei den Bodenreformen des vorigen Jahrhunderts anknüpft, hat schon im Start ihr Ziel verfehlt.) Dann ist die Wirkung des heutigen Geldes mit ihrem Umverteilungseffekt durch den Zins und die Inflation als Unsicherheitsfaktor in der Konjunktur bzw. Beschäftigung zu benennen. Weiter ist das Patentrecht anzuführen, das ursprünglich die Arbeit der Erfinder schützen und der Verbreitung von Technik durch Lizenzierung dienen sollte, heute aber als Machtfaktor der Konzerne und als Behinderer des Wettbewerbes missbraucht wird. Auch die staatlichen Subventionen haben einen bereichernden und entreichernden Effekt. Ebenfalls sind Lizenzen - z. B. für den Betrieb von Mobilfunknetzen - eine Möglichkeit, die Bürger zur Kasse zu bitten. Die Armen sind davon mehr betroffen als die Reichen, weil letztere sich Anteile am Ausbeutungsobjekt kaufen können.

d) Werden bei einer Änderung der Vermögensverteilung die Leistungsanreize zerstört? Zu vermuten ist, dass einem Teil der Vermögenden - soweit sie arbeitend am ökonomischen Prozess beteiligt sind - die Lust an wirtschaftlicher Leistung partiell abhanden kommt, wenn sie nicht als Kompensation für eine Vermögensabgabe einen Ausgleich z.B. in Form von Sicherheit vor totalen Enteignungen und Revolten erhalten.

¹ Das ist ein Zitat von Silvio Gesell und gleichzeitig der Titel einer Werkauswahl zu seinem 150. Geburtstag (2012).

² In der „etablierten“ Wirtschaftswissenschaft werden Zinsen häufig als Belohnung für Konsumverzicht bezeichnet – wobei ignoriert wird, dass gar kein Verzicht stattfindet, sondern über den Kredit die Konsummöglichkeit in die Zukunft verschoben wird. Genausogut könnte der Kreditnehmer eine Belohnung dafür verlangen, dass er dies ermöglicht. Nur bestimmte Zinsanteile, wie die Risikoprämie und die Vermittlergebühr, sind gerechtfertigt.

Haben wir erst einmal eine Vermögensverteilung mit einer normalen Verteilungskurve erreicht und ist auch wieder ins Bewusstsein gerückt, dass nicht die Rendite das eigentliche Ziel des Wirtschaftens ist, sondern der gute Arbeitsertrag, dann dürfte der Leistungsanreiz allgemein steigen, weil die heutigen Entmutigungen entfallen.

e) Wie wirken Vermögenssteuern und Vermögensabgaben?

Heute stehen wir vor dem Problem, dass die extrem ungleiche Vermögensverteilung geradezu „danach schreit“, durch eine Vermögensbesteuerung oder -abgabe korrigiert zu werden, diese aber praktisch nicht leicht durchführbar sind und je nach Höhe die grundlegenden leistungsfremden Verteilungselemente nicht annähernd kompensieren können. Vermögen ist selten in frei verfügbarem Geld vorhanden und wenn eine Vermögensabgabe bei einem selbständigen Mittelständler in sein Betriebsvermögen eingreift, kann das u.U. seinen Konkurs bedeuten.

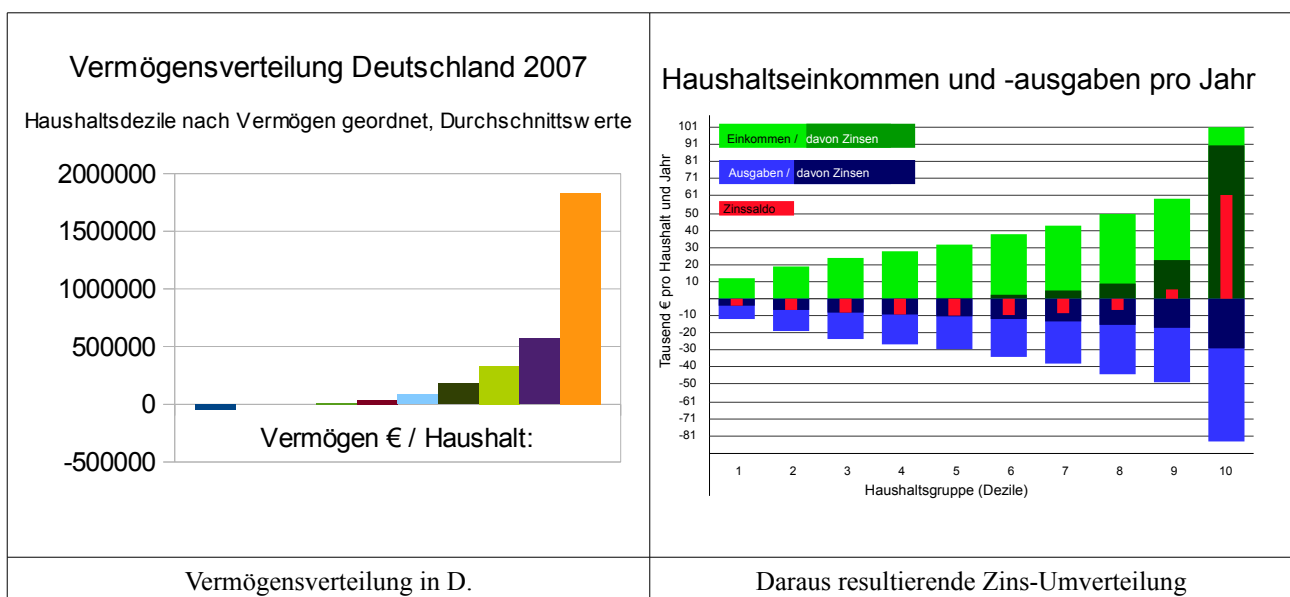
g) Wie schaffe ich Lösungen, die über den Tag hinaus wirken? (Es gilt dabei zusätzlich die ökologischen Belange zu berücksichtigen.) Eine einmalige milde oder radikale Vermögensabgabe löst nicht das ökonomische Problem, weil heute die Ursachen für die Konzentrationsprozesse im System eingebaut sind. Eine Reform des Bodenrechts mit der Wirkung, dass der Naturverbrauch und die unterschiedliche Landnutzung besteuert und der Ertrag daraus pro Kopf verteilt wird, würde auf Dauer eine der Ursachen der Verteilungsgerechtigkeit auflösen. Eine Reform des Patentrechtes ist aus dieser Sicht auch unumgänglich. Ein wesentlicher Ansatzpunkt liegt aber in der von der Freiwirtschaftsschule empfohlenen Umlaufsicherung des Geldes per „Haltegebühr“. Sie soll bewirken:

- 1) Einkommen werden wieder zügig (direkt oder über den Umweg sparen - kreditieren) zu Nachfrage, um so die Vollbeschäftigung zu erreichen und zu halten.
- 2) Durch das nach Einführung einsetzende, ununterbrochene Fließen des Geldes bekommt die Notenbank die Kontrolle über das Volumen des umlaufenden Geldes und kann infolge die Inflationsrate von Null Prozent (Preisniveaustabilität) einhalten.
- 3) Da jetzt das Geld nicht mehr ohne Verlust gehortet werden kann, steht es auch dann für Investitionen zur Verfügung, wenn die Rendite um 0 liegt. Hiermit wäre zweierlei erreicht: a) Die Zinspumpe, die Einkommen von Arm nach Reich pumpt, wäre in ihrer Wirkung gemildert oder gar abgeschaltet und b) der Wachstumsdruck, der vom Zins ausgelöst wird, wäre nicht mehr vorhanden.

h) Wie vermeide ich, dass der Neid meine Feder führt?

Was kann ich selber für eine bessere ökonomisch Situation tun?

Am Besten dadurch, dass sich die, die sich angesprochen fühlen, die Sachzusammenhänge erschließen und nicht von den bösen Reichen ausgehen und Verschwörungstheorien bemühen. Dabei ist es aber durchaus angemessen davon auszugehen, dass unsere Politiker im erheblichen Maße von Interessen gesteuert und Reiche auch uneinsichtig und rechthaberisch sein können.



Text von Tristan Abromeit und Vlado Plaga, Berechnungen nach Helmut Creutz, im September 2012.